



Gemeinsame Pressemitteilung von FEMNET, SÜDWIND-Institut, INKOTA-netzwerk und HEJSupport

Anhaltende Gewalt in Bangladesch Unternehmen im Textilbündnis müssen endlich Farbe bekennen

21. November 2023 Bonn/Berlin/München. Der kürzlich festgesetzte Mindestlohn in Bangladesch für Bekleidungsarbeiter*innen auf 12.500 Taka pro Monat (106 Euro) führt weiterhin zu Protesten und Ausschreitungen. Arbeiter*innen werden gezielt verletzt, verschleppt, unrechtmäßig angeklagt, inhaftiert, eingesperrt oder sogar getötet. Konkrete Unterstützung für die Forderungen der Gewerkschaften für einen höheren Mindestlohn von Seiten einkaufender Unternehmen bleiben bislang dennoch aus. Bis zum 26.11. ist nun die letzte Gelegenheit, wirksam Stellung zu beziehen.

Arbeiter*innen werden gezielt Arme und Hände gebrochen

Im Zuge der andauernden Demonstrationen kommt es weiterhin zu unverhältnismäßiger Gewalt und weiteren Strafmaßnahmen gegenüber Bekleidungsarbeiter*innen. Bereits vier Arbeiter*innen sind zu Tode gekommen, 115 Arbeiter*innen wurden inhaftiert, gegen 23.000 Demonstrierende wurde Strafanzeige erlassen und mehr als 300 Fabriken verwehren momentan die Lohnzahlungen. Zusätzlich werden Arbeiter*innen eingeschüchtert, indem sie überwacht, in Fabriken eingesperrt oder fälschlicherweise angeklagt werden. Ihre Namen werden auf eine schwarze Liste gesetzt. Arbeiter*innen werden gezielt Arme und Hände gebrochen, um ihnen ihre Lebensgrundlage als Näher*innen zu entziehen.¹

Unternehmen im Textilbündnis sprechen sich zwar für einen existenzsichernden Lohn aus, lassen dem aber keine Taten folgen

Über die letzten zwei Monate haben sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bündnis für nachhaltige Textilien dafür eingesetzt, einen gemeinsamen Brief an die Bangladeschische Regierung und den Wirtschaftsverband BGMEA zu verschicken, die die Lohnforderungen der Gewerkschaften unterstützen sollten. Das Vorhaben scheiterte jedoch, da nur drei kleinere Unternehmen dazu bereit waren, den Brief zu unterzeichnen. „Ein solches Schreiben, das eine konkrete Aufforderung zur Lohnerhöhung enthält und von Unternehmen mit ihrem Logo unterzeichnet wird, kann vor Ort viel bewirken – und wäre ein Zeichen, dass Unternehmen ihre Sorgfaltspflichten ernstnehmen“, so Dr.

¹ <https://www.theguardian.com/global-development/2023/nov/15/bangladesh-garment-workers-fighting-for-pay-face-brutal-violence-and-threats>

Gisela Burckhardt, Vorstandsvorsitzende von FEMNET.

Bis zum 26.11. kann nun noch bei dem bangladeschischen Lohnausschuss Beschwerde eingelegt werden: „Textilunternehmen müssen jetzt ihr Schweigen brechen sowie ihre Preispolitik ändern“, fasst Berndt Hinzmann von INKOTA-netzwerk zusammen.

Löhne werden weiterhin nicht zum Leben reichen

Ohne weitere Einflussnahme, wird der neue Mindestlohn in Bangladesch bei umgerechnet 106 Euro bleiben. „Dies bedeutet, dass Näherinnen auch weiterhin zu zahllosen Überstunden gezwungen sein werden, wenn sie nicht in eine Überschuldungssituation geraten wollen. Gemeinsam mit anderen Missständen kann die Verpflichtung zu Überstunden durchaus das Risiko von Zwangsarbeit mit sich bringen. Unternehmen täten also gut daran, menschenwürdige Löhne bei ihren Zulieferbetrieben in Bangladesch sicherzustellen“, hält Dr. Sabine Ferenschild vom SÜDWIND-Institut fest.

Kontakt:

Anne Munzert – FEMNET e.V.

Anne.Munzert@femnet.de

Tel: 0175-8465 560

www.femnet.de